



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2005 - 2008

11. Sitzung

Dienstag, 4. Juli 2006, 17.00 bis 20.00 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Claudia Martin (SVP)

Anwesend 29 Mitglieder

Entschuldigt Rosmarie Nagel (CVP)

Anwesend Stadtrat 7 Mitglieder

Entschuldigt

Traktanden

- 11.01 Einführung Schulsozialarbeit; Einsetzung Vorberatende Kommission
- 11.02 Feuerwehrdepot Langfeld, Studienkredit; Überweisung an die Baukommission
- 11.03 Teilzonenplan Aatal; Erlass
- 11.04 Kanalerneuerung Friedeggstrasse; Baukredit
- 11.05 Neubau Kanal Bachwisen; Baukredit
- 11.06 Ausbau Bädlibach; Überweisung an die Baukommission
- 11.07 Oberstufenzentrum Buechenwald; Baukredit
- 11.08 Konzept Nord; Kredit Machbarkeitsstudie
- 11.09 Neue parlamentarische Vorstösse

11.01**Einführung Schulsozialarbeit; Einsetzung Vorberatende Kommission**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 1. Juni 2006 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Einführung der Schulsozialarbeit wird vorerst für drei Jahre ein jährlich wiederkehrender Kredit von CHF 142'000 erteilt.*
2. *Für die einmaligen Infrastrukturkosten wird ein Kredit von CHF 21'000 erteilt.*

Das Präsidium beantragt die Einsetzung einer vorberatenden Kommission.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Es wird folgende vorberatende Kommission eingesetzt:

CVP	Rosmarie Nagel	Präsidentin
CVP	Patrick Scheiwiler	Mitglied
FDP	Kurt Rindlisbacher	Mitglied
SVP	Roland Seiler	Mitglied
FLiG	Marianne Federer	Mitglied

11.02**Feuerwehrdepot Langfeld, Studienkredit; Überweisung an die Baukommission**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 1. Juni 2006 mit folgendem Antrag:

Für ein Feuerwehrdepot auf dem GS-Nr. 4252, Langfeld wird ein Studienkredit von 155'000 Franken (inkl. Mehrwertsteuer) bewilligt.

Das Präsidium beantragt einstimmig die Ueberweisung an die Baukommission.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird an die Baukommission überwiesen.

11.03**Teilzonenplan Aatal; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 18. Mai 2006 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Aatal“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Hubert Füllemann (FDP) unterstützt den Antrag des Stadtrates. Die Rahmenbedingungen sind vorhanden für einen einstimmigen Beschluss des Stadtrates.

Detailberatung:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Den Anträgen des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

11.04**Kanalerneuerung Friedeggstrasse; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 4. Mai 2006 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Kanalerneuerung Friedeggstrasse wird ein Kredit von CHF 335'000.00 (exkl. MWSt.) gewährt.*
2. *Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement.*

Das Präsidium beantragt die Ueberweisung an die Baukommission.

Eintretensdiskussion:

Stefan Lenherr (CVP) und Benno Koller (SVP) stellen den Antrag, dieses und das nachfolgende Geschäft direkt zu behandeln.

Beschluss des Stadtparlamentes:

1. Das Geschäft wird direkt behandelt.
2. Den Anträgen des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt.

11.05**Neubau Kanal Bachwisen; Baukredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 4. Mai 2006 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Kanalneubau Bachwisen wird ein Kredit von CHF 870'000.00 (exkl. MWSt.) gewährt.*
2. *Die Finanzierung erfolgt durch Beiträge und Gebühren gemäss Abwasserreglement.*

Das Präsidium beantragt die Ueberweisung an die Baukommission.

Eintretensdiskussion:

Hanspeter Fröhlich (FDP) und Stefan Schmid (SP) unterstützen den Antrag auf Ueberweisung an die Baukommission. Hanspeter Fröhlich weist auf den hohen Kostenvoranschlag und auf eine Abweichung zum Budget Investitionsrechnung hin.

Stefan Lenherr (CVP) möchte das Geschäft direkt behandeln. Die Kanäle sind nach den Vorgaben des GEP zu erstellen. Sie dienen der Erschliessung eines Neubaugebietes.

Stadtrat Kurt Züblin weist darauf hin, dass bei der Budgetierung die Details des Kanalprojektes jeweils noch nicht bekannt sind.

Beschluss des Stadtparlamentes:

1. Das Geschäft wird direkt behandelt.
2. Den Anträgen des Stadtrates wird mit 27 Ja bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

11.06

Ausbau Bädlibach; Überweisung an die Baukommission

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 18. Mai 2006 mit folgendem Antrag:

1. *Für den Ausbau des Bädlibaches wird ein Kredit von CHF 1'582'000 inkl. MwSt. gewährt.*

Das Präsidium beantragt die Ueberweisung an die Baukommission.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird einstimmig an die Baukommission überwiesen.

11.07

Oberstufenzentrum Buechenwald; Baukredit

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 19. Januar 2006 mit folgenden Anträgen:

1. *Für den Bau des Oberstufenzentrums Buechenwald für 15 Klassen wird ein Kredit von CHF 19'650'000 (inkl. MWSt.) bewilligt.*
2. *Für die Installation einer kombinierten Holz-/Erdgasheizung wird zusätzlich ein Betrag von CHF 277'000 (inkl. MWSt) bewilligt.*
3. *Der Kredit ist linear innert 25 Jahren abzuschreiben.*

Eintretensdiskussion:

Ruedi Zingg (CVP) verliest den Bericht der Baukommission. Ab 2010 werden pro Jahrgang noch 7 oder 8 Parallelklassen (heute 9 Klassen) geführt werden. Durchschnittlich sind in den kommenden Jahren rund 570 Oberstufenschüler zu beschulen, das entspricht ca. 28 Oberstufenklassen. Nach 2012 dürfte sich die Zahl bei 26-28 Oberstufenklassen einpendeln. Die Verteilung auf 2 Oberstufenzentren sollte damit möglich sein. In den Schulhäusern Notker, Haldenbühl und Otmar wird es nach dem Auszug der Realschule zu grösseren Umnutzungen kommen. Der im Bericht des Stadtrates erwähnte Bedarf von 28,5 Raumeinheiten ist nicht ausgewiesen. Die Baukommission stellt einen Bedarf von rund 16 Raumeinheiten vor, um die längst notwendigen räumlichen Verbesserungen in der Realschule zu verwirklichen. Die Kostenschätzung für die Umnutzung der bestehenden Schulanlagen wurde kritisch hinterfragt. Nur absolut Notwendiges hat eine Realisierungschance. Die Kostenschätzung von CHF 8 Mio. scheint hoch. Jede dieser Umnutzungen muss dem Parlament vorgelegt werden. In der Schulanlage Lindenberg sollen nur noch die allernötigsten Arbeiten gemacht werden.

Die Baukommission hat die minime Kostendifferenz der Variante 12 und 15 hinterfragt. Das Hochbauamt des Kantons schätzt die Kosten für ein Schulzimmer auf rund CHF 1.2 Mio. Der Kostenvoranschlag wurde nach Kosteneinsparungen durchsucht. Der KV weist eine Genauigkeit von +/- 10 % auf. Die Vor- und Nachteile einer Vergabe Generalunternehmung oder Einzelleistungsträger wurden verglichen. Eine Ausführung mit einem GU hat Vorteile bezüglich Kostenkontrolle. Eine regionale Vergabe der Arbeiten bleibt möglich. Der Zusatzkredit von CHF 277'000 für die Heizanlage wird unterstützt. Die Frage der Energieträger soll aber nochmals genau geprüft werden. Der Kostenvoranschlag wurde von CHF 18.9 auf 17.9 Mio. gekürzt. Diese Reduktion beruht auf Leistungskürzungen. Die Baukommission ist überzeugt von der Qualität des Wettbewerbsprojektes, dieses verbessert die Rahmenbedingungen für die Schule. Sie unterstützt einstimmig den Bau eines 12-er Schulhauses.

Die Baukommission stellt folgende Anträge:

1. *Für den Bau des Oberstufenzentrums Buechenwald für 12 Klassen wird ein Kredit von CHF 17'900'000 (inkl. MWSt) bewilligt.*
2. *Für die Installation einer kombinierten Holz-/Erdgasheizung wird zusätzlich ein Betrag von CHF 277'000 (inkl. MWSt) bewilligt.*
3. *Für die Ausführung des Bauvorhabens soll im GU-Modell mit offener Abrechnung ausgeschrieben werden, unter Beibehaltung eines externen Bauherrenvertreters.*
4. *Der Kredit ist linear innert 25 Jahren abzuschreiben.*

Benno Koller (SVP) erklärt, dass die Fraktion nicht einstimmig ist. Die Notwendigkeit des Oberstufenzentrums wird nicht bestritten. Die Planung wurde von 18 auf 15 Klassen reduziert, nun beantragt die Baukommission einen Kredit für 12 Klassen. In der Praxis geht man davon aus, dass pro Klasse mit Kosten von CHF 1.1 Mio. zu rechnen ist, bei 12 Klassen also mit rund CHF 13.2 Mio. In der Schulbautenverordnung wird eine wirtschaftliche Bauweise verlangt. Es stellt sich die Frage, ob wirklich wirtschaftlich geplant wurde. Weitere CHF 8 Mio. werden für den Umbau der bestehenden Schulhäuser benötigt. Die SVP unterstützt einen tiefen Steuerfuss und fragt den Stadtrat, in welchem Zeitpunkt eine Erhöhung des Steuerfusses wegen des OZ beantragt wird. Er würde eine 2. Lesung der Vorlage unterstützen.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) will auf eine weitere Grundsatzdiskussion verzichten. Das Parlament hat mit der Erteilung des Wettbewerbskredites und des Projektierungskredites die Weichen gestellt. Eine 2. Lesung würde nur das Projekt verzögern. Die Fraktion unterstützt die Anträge der Baukommission. Eine kontrollierte Lüftung hätte für das OZ einen Mehrwert bedeutet. Der Stadtrat wird eingeladen, den Bau mit Minergiestandard zu realisieren. Ob der Bau mit GU oder Einzelleistungsauftrag realisiert wird, spielt kostenmässig keine Rolle. Sie beantragt Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen 1, 2 und 4 der Baukommission

Roland Seiler (SVP) stellt fest, dass die Gossauer Einwohnerzahl in den letzten Jahren stagniert hat. Der Kanton St.Gallen rechnet, dass künftig rund 500 Klassen aufgelöst werden müssen. Der Stadtrat hat die zu erwartenden Schülerzahlen verschiedentlich korrigiert. Er fragt, ob Alternativen zu einem neuen Oberstufenzentrum bestehen, z.B. der Ausbau oder die Aufstockung von bestehenden Schulanlagen. Die Folgekosten für den Ausbau der vorhandenen Schulhäuser betragen CHF 8 Mio. Nur mit dem Bau des Schulhauses ist noch nichts für die Bildung getan, vielmehr muss die Lehrerschaft ausgebildet werden.

Er stellt den Antrag auf Rückweisung an den Stadtrat mit folgenden Aufträgen:

1. *Alternative zu Neubau: Der Stadtrat wird beauftragt, folgende Abklärungen vorzunehmen:*
 - a. *Besteht die Möglichkeit, bestehende Schulhäuser baulich zu erweitern, d.h. um eine gewisse Anzahl Schulzimmer zu erweitern. Wieviele Zimmer wären zusätzlich realisierbar?*
 - b. *Welche Schulhäuser kämen für eine Aufstockung oder einen Anbau in Frage?*
 - c. *Kosten pro Schulhaus?*
2. *Projekt Neubau: Das bestehende Projekt ist so zu überarbeiten, dass 12 Schulklassen optimal darin Platz finden, und die Kosten pro Schulklasse müssen den kantonalen Richtlinien entsprechen. Das sind ca. CHF 1.1 Mio. pro Schulklasse.*

Albert Lehmann (CVP) möchte auch keine weitere Grundsatzdiskussion führen. Das Parlament hat sich mit den gewährten Krediten klar für das OZ Buechenwald ausgesprochen. Das OZ Buechenwald ist eine Investition für für kommende Generationen, und es dient als Uebungsschule der PHS. Die erwartete Entwicklung der Schülerzahlen und die übrigen Investitionsvorhaben der Stadt sind zu berücksichtigen. Ein Raum-Ueberangebot darf nicht mit Steuergeldern finanziert werden. Die übrigen Aufgaben der Stadt werden noch viel Geld kosten. Wenn 12 Schulzimmer ausreichen, sollen auch 12 Zimmer gebaut werden. Die Realisierung mit einem Generalunternehmer bringt eine Kostenoptimierung und -garantie mit sich. Er beantragt im Namen der Fraktion, die Anträge der Baukommission zu unterstützen.

Stefan Schmid (SP) findet den Bedarf nach weiterem Schulraum unbestritten. Die Frage ist offen, ob für 12 oder für 15 Klassen. Die Schülerzahlen gehen zurück. Allenfalls ist ein 15-er Schulhaus eine günstigere Uebergangsvariante, weil Kosten für Provisorien gespart werden können. Bei der Renovation der bestehenden Oberstufenzentren ist Zurückhaltung angebracht, hier können wahrscheinlich Kosten eingespart werden. Mit einem 12-er Schulhaus bleiben 14 bis 16 Klasse für das OZ Rosenau übrig, damit wären die beiden OZ nicht gleichwertig.

Hans Züst (FDP) unterstützt den Bau eines zweiten OZ. Die Grösse ist diskutabel. Die relativ kleine Kostendifferenz der Varianten 12 und 15 tönt verführerisch, eine Vermietung allfälliger freier Zimmer ist aber unrealistisch. Diese würden von der Schule rasch belegt werden. Er möchte Wünschbares und Notwendiges trennen und unterstützt die Anträge der Baukommission.

Benno Koller (SVP) möchte auch weiterhin eine gute Schule in Gossau. Vor allem die engagierten Lehrkräfte machen eine gute Schule aus. Der Kanton signalisiert, dass in den nächsten Jahren 500 Klassen weniger nötig sein werden. Braucht es noch ein neues Schulhaus in Gossau? Die Schülerzahlen und der Raumbedarf sind im Verlauf der Planung nach unten korrigiert worden. Der Handlungsbedarf bei der Primarschule ist unbestritten. Der Richtwert des Kantons liegt bei CHF 1.1 Mio. für den Bau eines Klassenzimmers. Heute kann er der Vorlage nicht zustimmen, weil die Kosten hoch sind und keine Alternative aufgezeigt ist. Er wünscht eine 2. Lesung der Vorlage.

Stefan Lenherr (CVP) will die einmalige Chance für den Bau dieses Schulhauses packen. Das Land ist gratis, der Standort optimal. Eine Auslösung des Architekten aus dem Vertrag wäre mit Kosten verbunden. Beim Vergleich der Kosten ist zu berücksichtigen, dass rund CHF 0.5 Mio. für Bodenverbesserung nötig sind. Die Schülerzahlen sind nicht genau voraussehbar.

Markus Sprenger, Schulratspräsident, findet eine 2. Lesung dann sinnvoll, wenn die Meinungen noch nicht gemacht wären. Eine Rückweisung würde die Einsetzung einer weiteren Kommission bedingen. Die räumlichen Bedürfnisse der Primarschule sind in der Zwischenzeit etwas zurückgegangen. Der Stadtrat widersetzt sich dem Antrag der Baukommission nach einem 12-er Schulhaus nicht, weist aber auch Konsequenzen hin. Die Umsetzung der Oberstufenreform ist auch mit einem 12-er Schulhaus möglich, es sind aber nicht zwei gleichwertige OZ realisierbar. Das Schulhaus Lindenberg müsste länger als geplant als Provisorium beibehalten werden. Gute Schulanlagen sind ein Standortvorteil für Gossau. Der Stadtrat wünscht eine klare Zustimmung zu den Anträgen der Baukommission oder des Stadtrates. Den Antrag 3 der Baukommission lehnt der Stadtrat ab.

Kurt Rindlisbacher (FDP) möchte die Chance heute wahrnehmen. Die PHS ist auf das neue OZ als Uebungsschule angewiesen, eine solche Kombination ist einmalig in der Schweiz. Die räumlich nicht befriedigenden Verhältnisse in der Primarschule können verbessert werden. Die Schule ist ein wesentlicher Teil der Marke Gossau. Je

nach Klassengrösse werden 27 bis 30 Oberstufenklassen geführt werden müssen. Mit relativ geringem Aufwand von CHF 0.75 Mio. könnten 3 Schulzimmer zusätzlich erstellt werden. Würde darauf verzichtet, müssten für das Provisorium Schulhaus Lindenberg mit Mehrkosten von CHF 1 Mio. gerechnet werden. Wer würde jenes Provisorium belegen? Die Gleichwertigkeit der beiden OZ Rosenau und Buechenwald wäre nicht gewährleistet. Er unterstützt den Bau eines 15-er Schulhauses ohne Dependance.

Patrick Scheiwiler (CVP) möchte bei künftigen Bauvorhaben vermeiden, dass der Architekt eine so grosse Macht erhält. Der Stadtrat soll künftig Wettbewerbsgewinner abgelten, damit er keine Fesseln schafft. Die Kosten von CHF 18.0 Mio. scheinen ihm hoch. Er hinterfragt den geringen Kostenunterschied von CHF 0.75 Mio. zwischen den Varianten 12 und 15 und fragt sich, ob die Infrastruktur bei beiden Kostenvoranschlägen auf die Variante 15 ausgelegt war. Der Stadtrat ist ersucht, zusammen mit dem GU das Projekt nochmals durchzukämmen auf Einsparungen. Er erkundigt sich nach den Kosten für vergleichbare Bauprojekte. Ein GU wird das Projekt optimieren können, der Antrag 3 der Baukommission soll deshalb unterstützt werden.

Markus Sprenger, Schulratspräsident, stellt fest, dass die Schülerzahlen jährlich ändern. Die Zahlen im Bericht des Stadtrates sind richtig und gründen auf den heutigen Kinderzahlen. Alternativen zum vorgelegten Bauprojekt hat der Rat ausgiebig geprüft. Insgesamt wurden 13 mögliche Standorte angeschaut und die Erweiterung von bestehenden Schulanlagen aufskizziert. Der vorgesehene Neubau ist keine Luxusvariante. Die 12-er Variante ist betreffend Infrastrukturanlagen mit der 15-er Variante fast identisch. Die Kosten für die BKP-Positionen 2, 4 und 9 betragen pro Klasse: OZ 12 = CHF 1.262 Mio., OZ 15 = 1.055 Mio., andere gebaute OZ = CHF 1.157 Mio. resp. CHF 1.063 Mio.

Abstimmung über Rückweisungsantrag Roland Seiler:

Der Antrag wird mit 2 Ja zu 27 Nein abgelehnt.

Detailberatung:

Hanspeter Fröhlich (FDP) stellt in Namen der Fraktion mit dem Hinweis auf die Gewaltentrennung den Antrag, dass Antrag 3 der Baukommission gestrichen wird.

Ruedi Zingg, Präsident der Baukommission, widerspricht diesem Antrag. Die von der FDP gestellten Anträge stehen im Widerspruch zu ihren übrigen Aussagen. Die Baukommission hat sich sehr viel Zeit genommen und Energie in die Vorlage gesteckt. Die Oberstufenreform ist beschlossen und kann jetzt nicht wieder diskutiert werden. Das Projekt ist sehr schön, aber nicht billig. Wenn für das Projekt CHF 1 Mio. weniger ausgegeben wird, ist das ein rein politischer Entscheid. Wenn die Vorlage mehrheitsfähig gemacht werden soll, soll der Antrag der Baukommission unterstützt werden. Er wünscht mehr Mut für die Realisierung der Oberstufenreform.

Hanspeter Fröhlich (FDP) traut auch dem Stadtrat zu, Kosten einsparen zu können.

Benno Koller (SVP) beantragt, den Antrag 2 der Baukommission zu streichen.

Stefan Lenherr (CVP) möchte einen GU mit offener Abrechnung und mit Bauherrenvertretung. Die Stadt soll Mitsprache bei der Arbeitsvergebung behalten.

Kurt Rindlisbacher (FDP) orientiert, dass in einem 12-er Schulhaus nicht 12 Klassen unterrichtet werden. Im Otmarschulhaus belegen in Spitzenzeiten die Oberstufenklassen total 8 Schulzimmer. Aehnliches gilt für das OZ Rosenau. Dort werden heute 13 Klassen unterrichtet bei einem wesentlich höheren Zimmerbedarf. Bei den Kosten muss Gleiches mit Gleichem verglichen werden. Das Projekt wird nicht automatisch eine Steuererhöhung um 5 % auslösen. Eine allfällige Steuererhöhung ist abhängig von weiteren Entscheiden des Parlamentes. Wenn die OZ auf zwei Anlagen aufgeteilt werden soll, dann soll das OZ Buechenwald für 15 Klassen erstellt werden. Die Mehrkosten von CHF 0.75 Mio. sind ein Nullsummenspiel, wenn das Provisorium Lindenberg teuer saniert werden müsste. Er unterstützt den Bau eines OZ mit 15 Zimmern, aber auch den Antrag der Baukommission, die noch Sparpotenzial gesehen hat. Dies sollte auch auf die 15-er Variante adaptiert werden können.

Alfred Zahner (FLiG) möchte nicht mehr auf Detailfragen eingehen. Diese wurden alle in der Baukommission abgehandelt. Er setzt sich für das 12-er Schulhaus ein.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) unterstützt den Antrag 3 für die Realisierung einer Holzheizung. Holz ist ein nachwachsender Rohstoff, und Gossau ist eine Energiestadt.

Benno Koller (SVP) erkundigt sich nach dem Zeitpunkt einer allfälligen Steuererhöhung.

Markus Sprenger, Schulratspräsident, kann eine solche Erhöhung nicht terminieren. Die Festlegung des Steuerfusses richtet sich nicht nur nach den Ausgaben der Schule, sondern nach verschiedenen Eckwerten. Wie sich die Finanzlage der Stadt entwickelt, kann nicht vorausgesagt werden.

Albert Lehmann (CVP) findet unbelegte Zimmer eine ökonomische Katastrophe.

Patrick Scheiwiler (CVP) wird den Antrag für die Streichung der Holz-/Erdgasheizung unterstützen. Die neuesten Zahlen belegen, dass die PHS überschüssige Energie produziert. Wenn das ganze Heizungskonzept vorliegt, soll der Stadtrat erneut Antrag stellen.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) möchte den Zusatzkredit für die Heizung trotzdem erteilen. Wenn es diese Heizung nicht braucht, wird sie auch nicht erstellt.

Markus Sprenger, Schulratspräsident, orientiert, dass eine eigenständige Heizung für das OZ vorgesehen ist. Derzeit wird geprüft, ob der Bezug von Wärme von anderen Bauten möglich ist oder nicht. Eventuell kann auf eine eigene Heizanlage für das OZ Buechenwald verzichtet werden.

Kurt Rindlisbacher (FDP) möchte von Kollege Alfred Zahner Auskunft über die Belegung der Schulzimmer im OZ Rosenau. Er wehrt sich gegen die Aussagen von Albert Lehmann.

Alfred Zahner (FLiG) orientiert, dass es in vielen Oberstufenzentren des Kantons nicht mehr üblich ist, dass jeder Lehrer sein Schulzimmer ausschliesslich für sich benutzen kann. Die heutige Situation in der Rosenau ist eher eine Ausnahme.

Albert Lehmann (CVP) will immer kritisch hinterfragen, ob es Optimierungspotenzial gibt.

Rückkommensanträge

Solche werden nicht gestellt.

Abstimmung über Antrag Benno Koller für 2. Beratung

Der Antrag wird mit 2 Ja zu 27 Nein abgelehnt.

Schlussabstimmung des Stadtparlamentes:

Antrag 1

Antrag 1 der Baukommission:

23 Ja zu 6 Nein

Antrag 1 des Stadtrates

4 Ja zu 25 Nein

Abstimmung über den obsiegenden Antrag 1 der Baukommission:

Mit 27 Ja zu 2 Nein angenommen.

Antrag 2 Baukommission / Stadtrat

Der Antrag wird mit 22 Ja zu 7 Nein angenommen.

Antrag 3 Baukommission

Der Antrag wird mit 22 Ja zu 5 Nein bei 2 Enthaltungen angenommen.

Antrag 4 Baukommission / Antrag 3 Stadtrat

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

11.08

Konzept Nord; Kredit Machbarkeitsstudie

Die Behandlung dieses Geschäftes wird aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung verschoben.

11.09

Neue Parlamentarische Vorstösse

Interpellation Hubert Füllemann (FDP) „Problemzone Bahnhofareal“

Das Präsidium erklärt diese Interpellation auf Antrag des Interpellanten als dringlich.

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 11. Juli 2006 genehmigt.

Claudia Martin
Präsidentin

Toni Inauen
Stadtschreiber